

„O heiliger Christ“, hauchte Columba. – „Dein ist sie nun, o Columba“, sagte das Kind, ihm die kostbare Perle reichend. – „Was ist es, mein Heiland und Gott?“ wisperte der alte Gottesdiener in Seligkeit. „Was bedeutet deine Gabe?“ – „Friede.“

In diese Kategorie der Legenden gehört auch die Variation, daß die Seelen der Selbstmörder in die Seehundsleiber fahren, weswegen sie vom hl. Molios, einem Genossen Columbas, alljährlich in corpore verflucht wurden. Doch einstens wurde ihm eine himmlische Erleuchtung geschenkt, nach der er alle Robben zusammenrief, sie segnete, ihnen das Heil verkündend. Worauf sie die ganze Nacht hindurch, mit Tränen in den großen Augen, sich zuriefen: Auch wir sind Kinder Gottes und werden erlöst wie alle Kreatur! – St. Molios aber wurde tags darauf, friedlich entschlummert, in seiner Höhle gefunden.

WILHELM VON HUMBOLDT ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON SCHULE UND STAAT

Anläßlich seines 125. Todestages am 8. April 1960

Dietrich Spitta

In seiner 1792 verfaßten genialen Jugendschrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ führt Wilhelm von Humboldt aus, daß der Staat um der freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit willen sich aller Sorgfalt für das physische und moralische Wohl seiner Bürger enthalten müsse, und daß seine Aufgabe lediglich darin bestehe, für die Sicherheit zu sorgen. Ausgehend von dieser Grundidee, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, wendet er sich auch gegen öffentliche, das heißt „vom Staat angeordnete oder geleitete Erziehung“. Nach seiner Anschauung steht „das Menschengeschlecht jetzt auf einer Stufe der Kultur, von welcher es sich nur durch Ausbildung der Individuen höher emporschwingen kann; und daher sind alle Einrichtungen, welche diese Ausbildung hindern und die Menschen mehr in Massen zusammendrängen, jetzt schädlicher als ehemals“. Es kommt „schlechterdings alles auf die Ausbildung des Menschen in der höchsten Mannigfaltigkeit an; öffentliche Erziehung aber muß, selbst wenn sie diesen Fehler vermeiden, wenn sie sich bloß darauf einschränken wollte, Erzieher anzustellen und zu unterhalten, immer eine bestimmte Form begünstigen“. Deshalb wendet sich Humboldt dagegen, daß „der Bürger von seiner Kindheit an schon zum Bürger gebildet wird“. Seiner Meinung zufolge müßte „die freieste, so wenig als möglich schon auf die bürgerlichen Verhältnisse gerichtete Bildung des Menschen überall

vorangehen. Der so gebildete Mensch müßte dann in den Staat treten und die Verfassung des Staates sich gleichsam an ihm prüfen.“ Nur bei einem solchen Kampfe würde Humboldt „wahre Verbesserung der Verfassung durch die Nation mit Gewißheit hoffen und nur bei einem solchen schädlichen Einfluß der bürgerlichen Einrichtung auf den Menschen nicht besorgen“. „Überhaupt soll die Erziehung nur, ohne Rücksicht auf bestimmte, den Menschen zu erteilende bürgerliche Formen, Menschen bilden, so bedarf es des Staates nicht. Unter freien Menschen gewinnen alle Gewerbe bessern Fortgang; blühen alle Künste schöner auf; erweitern sich alle Wissenschaften. Unter ihnen sind auch alle Familienbände enger, die Eltern eifriger bestrebt, für ihre Kinder zu sorgen, und, bei höherem Wohlstande, auch vermögender, ihrem Wunsche hierin zu folgen. Bei freien Menschen entsteht Nacheiferung, und es bilden sich bessere Erzieher, wo ihr Schicksal von dem Erfolg ihrer Arbeiten, als wo es von der Beförderung abhängt, die sie vom Staate zu erwarten haben. Es wird daher weder an sorgfältiger Familienerziehung, noch an Anstalten so nützlicher und notwendiger gemeinschaftlicher Erziehung fehlen¹.“

Nun gibt es eine weitverbreitete Meinung, Humboldt habe sich später als preußischer Staatsmann von seinen Ideen über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates abgewandt, was insbesondere daraus hervorgehe, daß er ihnen als Leiter der Sektion für Kultus und öffentlichen Unterricht im Ministerium des Innern entgegengehandelt habe. Zweifellos hat Humboldt in dieser Stellung seinen Ideen entgegengehandelt einfach durch die Tatsache, daß er als Beamter des Staates eine Tätigkeit entfaltete, die in das Erziehungswesen eingriff. Eine solche Tätigkeit war jedoch notwendig mit seiner Stellung verbunden. Sie kann deshalb kein Beweis dafür sein, daß sich Humboldt von seinen *Ideen* abgewandt hat.

Bei genauerm Zusehen zeigt sich vielmehr, daß Humboldt sich auch während der Zeit seines staatsmännischen Wirkens und insbesondere auch während seiner Tätigkeit als Leiter der preußischen Unterrichts- und Kultusangelegenheiten zu den Ideen über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates bekannt hat. Dies geht aus einer Denkschrift vom 17. Juli 1809 „Über den Entwurf zu einer neuen Konstitution für die Juden“ hervor, wo er von einer „längst mit Recht verworfenen Theorie der Gesetzgebung“ spricht, nämlich von derjenigen, „welche die Gesetzgebung zu einer Art Erziehung des Staatsbürgers macht, wo sie nur immer die Mittel in Händen hat, positiv wirken will und, von einem bestimmten Begriff des Charakters und der Kultur der Nation ausgehend, im Stande zu sein wähnt, den Fortschritt und sogar die Richtung zu einer anderen Stufe leiten zu können“. Dieser Theorie setzt Humboldt seine eigene Auffassung entgegen, nämlich daß „der Staat nur durch Erteilung und Beschränkung der Freiheit und dadurch hervorgebrachtes Gleichgewicht der Rechte die Bürger in Stand setzen muß, sich selbst zu erziehen, nur dahin zu streben hat, bloß negativ zu wirken

¹ Sämtliche Zitate stammen aus dem 6. Kapitel der Schrift über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates, Gesammelte Schriften, Band 1, Seite 142 ff.

und das positive Wirken der freien Tätigkeit der Nation zu überlassen und die Menschheit genug achten muß, um zu wissen, daß der moralische Standpunkt einer Nation sich nie genau berechnen, noch weniger aber die Entwicklung derselben sich mechanisch voraussehen läßt, indem sie vielmehr, und ganz aus innerer Kraft, wie die ganze Geschichte lehrt, oft plötzliche Impulse erhält, die, weit entfernt, sich durch die Gesetzgebung leiten zu lassen, dieselbe ihnen zu folgen zwingen, kurz, da der Staat kein Erziehungs-, sondern ein Rechtsinstitut ist“². Über das Schulwesen im besonderen schreibt er in einem amtlichen Bericht vom 19. Mai 1809 an den vorgesetzten Minister über die Tätigkeit der von ihm geleiteten Sektion: „Der (in England freilich, aber aus andern Gründen, zum Verderben aller Schulen ausschlagende) Grundsatz, daß der Staat sich um das Schulwesen gar nicht einzeln bekümmern muß, ist an sich, einer konsequenten Theorie der Staatswissenschaft nach, gewiß der einzig wahre und richtige“³. Die gleiche Einstellung kommt in einem Schreiben an seinen Mitarbeiter Uhden vom 9. Mai 1809 zum Ausdruck: „Man muß soviel Freiheit lassen, als möglich. In Schul-sachen muß das Regieren mit der Zeit soviel als möglich ganz eingehen“⁴. Aber Humboldt bekannte sich nicht nur zu seinen Ideen über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates, er versuchte auch, sie soweit wie möglich zu verwirklichen. So hatte er die Absicht, das Schulwesen wirtschaftlich vom Staate unabhängig zu machen. In diesem Sinne schreibt er am 4. März 1809 an seine Gattin: „Ich habe einen großen Plan, die Schulen bloß von der Nation besolden zu lassen. Die ist doch zu kleinen Abgaben noch so arm nicht, und man bekommt so einen Fonds, den selbst ein Feind einmal respektiert. Allein alle bisherigen kleinen Ansichten werden sich dagegen setzen und ich werde viel Widerspruch finden“⁵. Ähnlich spricht er sich in einem Brief an seinen Mitarbeiter Nicolovius vom 25. März 1809 aus: „Erziehung ist Sache der Nation, und bereiten wir (was aber nur mit großer Behutsamkeit geschehen muß) vor, daß wir der Kräfte des Staates mehr entraten können und die Nation mehr in unser Interesse ziehen, so können wir, was uns anvertraut ist, auch unter manchen Stürmen erhalten, und brauchen es, selbst im Falle des äußersten Unglücks, nur anderen Händen zu übergeben“⁶. Auch bemüht er sich zu erreichen, daß die neubegründete Universität in Berlin, die Akademien der Wissenschaften und der Künste sowie die damit verbundenen wissenschaftlichen Institute und Sammlungen vom Staate ausreichenden Grundbesitz zu Eigentum übertragen bekommen, um sie auf diese Weise vom Staate wirtschaftlich unabhängig zu machen⁷. Gleichzeitig sprach er als Hauptgrundsatz seiner Verwaltung aus, es nach und nach dahin zu bringen, daß

² Gesammelte Schriften, Band 10, Seite 100.

³ Gesammelte Schriften, Band 13, Seite 219.

⁴ Gesammelte Schriften, Band 16, Seite 110.

⁵ Wilhelm und Caroline von Humboldt in ihren Briefen, Band 3, Seite 106.

⁶ Briefe von Wilhelm von Humboldt an Georg Heinrich Ludwig Nicolovius. Berlin 1894, Seite 6.

⁷ Vergleiche die Anträge auf Errichtung der Universität Berlin vom 12. Mai beziehungsweise vom 24. Juli 1809, Gesammelte Schriften, Band 10, Seite 139 ff., 148 ff., insbesondere Seite 143 f., 147, 152 f.

das gesamte Schul- und Erziehungswesen nicht mehr der Staatskasse zur Last falle, sondern sich durch eigenes Vermögen und durch die Beiträge der Nation erhalte⁸. Einen ersten Schritt in dieser Richtung versuchte er bei der Organisation des Königsberger Schulwesens zu tun⁹. So sollte die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Bildungswesens vom Staate die Grundlage seiner geistigen Freiheit und Selbständigkeit sein.

Die Ideen Wilhelm von Humboldts über das Verhältnis von Schule und Staat sind heute so zeitgemäß wie damals, als sie niedergeschrieben wurden. In unserer Zeit hat Rudolf Steiner die gleichen Ideen aus einer umfassenden Erkenntnis der sozialen Grundkräfte heraus ausgesprochen und insbesondere in seiner Schrift „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ dargestellt. Diese Grundkräfte erstreben unter anderem die freie Entfaltung einer sich am Wesen des heranwachsenden Menschen und nicht an den Zielen des Staates orientierenden Pädagogik. Die Begründung der freien Waldorfschule in Stuttgart im Jahre 1919 war ein erster wesentlicher Schritt auf diesem Wege. Möge die Erinnerung an die Ideen Wilhelm von Humboldts dazu beitragen, daß den Bestrebungen nach einem freien und wirtschaftlich unabhängigen Schulwesen in unserer Zeit mehr und mehr Verständnis entgegengebracht und Förderung zuteil wird!

MARKTWIRTSCHAFT UND DIE SÜNDE WIDER DEN GEIST

Fritz Götte

„Wenn das Denken zerfällt, zerfallen die Ordnungen.“ Dieser Satz des Konfuzius ist zitiert in Walter Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“¹. Ist dem aber so, wie der chinesische Weise des 6. und 5. vordchristlichen Jahrhunderts sagt – und es ist so –, dann hängt die Schaffung neuer Ordnungen davon ab, ob das Denken innerlich neu aufgebaut werden kann.

Walter Eucken selber hat diesen Zusammenhang wohl erkannt. Daraus geht auch seine Forderung hervor, daß derjenige, welcher nach einer neuen Ordnung für das Gebiet des Wirtschaftslebens strebt, die „ökonomische Sachgesetzlichkeit“ aufsuchen und erkenntnismäßig durchdringen muß. Die innere Tendenz von Euckens Bemühungen geht eigentlich darauf hinaus, im Sinne von Rudolf Steiners „Philosophie der Freiheit“ ein „aus Erkenntnis Handelnder“ auf wirtschaftlichem Felde zu werden. Die Ökonomie als Wissenschaft soll selber eine „ordnende Potenz“ sein. Darin berührt sich Euckens Streben mit demjenigen Rudolf Steiners, welcher am Schlusse seines 1922 vor Nationalökonomien gehal-

⁸ Gesammelte Schriften, Band 10, Seite 143, 152.

⁹ Vergleiche hierzu seinen Königsberger Schulplan, Gesammelte Schriften, Band 13, Seite 268 ff.

¹ J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, Seite 197.